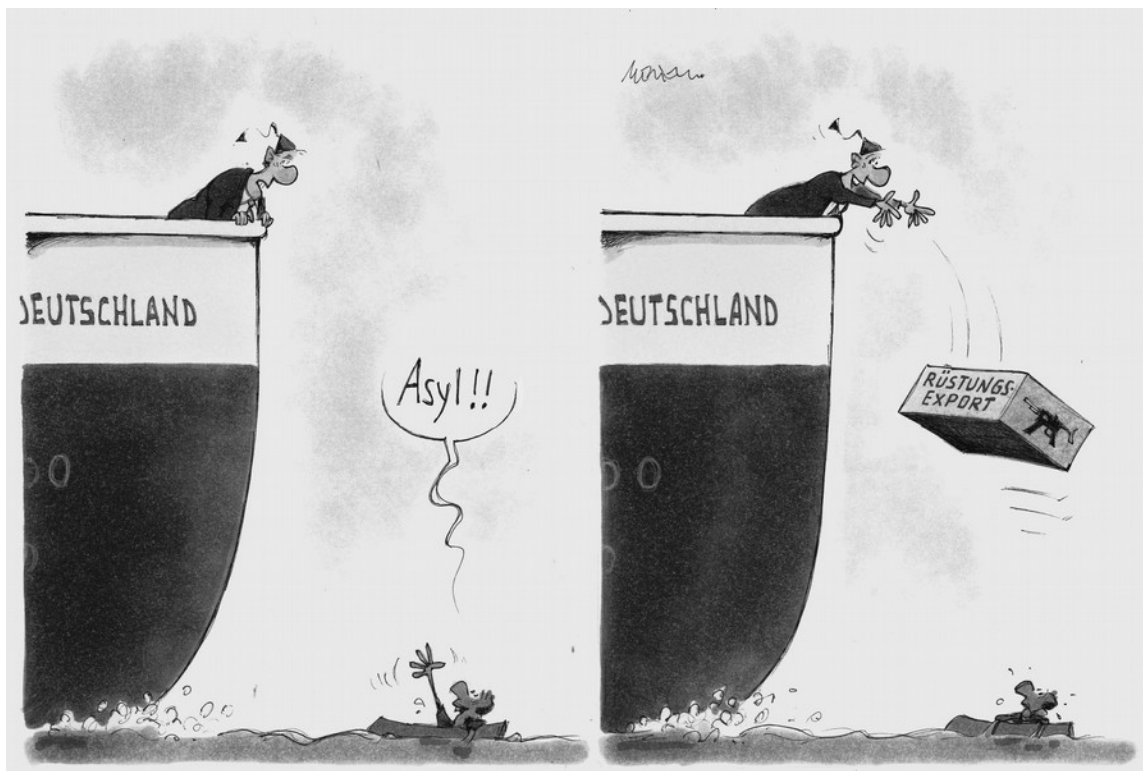


FRIEDENS JOURNAL

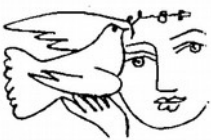


Weltweite Konflikte und die deutsche Mitverantwortung



Karikatur: Gerhard Mester

- Weltweit wachsende Flüchtlingsströme
- Brandbeschleuniger in der Bundesregierung
- Kurden in Rojava brauchen unsere Solidarität
- Von Weißwäschern, Völkerrecht und deutscher Verantwortung
- Kalkar: Gegen globale Kriegsführung von deutschem Boden
- „Neue deutsche Verantwortung“ - mit vielen Einzelakteuren



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Nov.-Dez. 2014/Nr. 6

Inhalt

SCHWERPUNKT

Weltweite wachsende Flüchtlingsströme	3
Brandbeschleuniger in der Bundesregierung	6

INTERVIEW

Kurden in Rojava brauchen unsere Solidarität	8
--	---

BUCHBESPRECHUNG

„Neue deutsche Verantwortung“ - mit vielen Einzelakteuren	14
---	----

FRIEDENSBEWEGUNG

Kalkar: Gegen globale Kriegsführung von deutschem Boden	12
Programm des 21. Friedensratschlags in Kassel	16

RUBRIKEN

Europa rettet nur noch kurz vor der Küste	5
Kriegsmaschinenmenschen	13
Friedensnetz Baden-Württemberg	15

REDAKTIONELLE INFO

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:	3.11.2014
Die nächste Ausgabe erscheint am:	17.1.2015

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Solibeitrag von 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internet:

www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal

ISSN 2193-9233

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Hugo Braun, Christine Buchholz, Lühr Henken,
Dieter Lachenmayer, Werner Ruf, Bärbel Schindler-
Saefkow, Peter Strutynski, Horst Trapp, Ewald
Ziegler
V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main,
Tel.: 0 69/24249950 - Fax: 0 69/24249951
e-Mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90
BIC: HELADEF1822

Bitte anmelden zu:

**21. Bundesweiter
Friedensratschlag
am 6. und 7. 12. in Kassel
(siehe Programm auf Rückseite)**

Weltweite Konflikte mit deutscher Mitverantwortung

Liebe Leserinnen und Leser,

innenpolitische Debatten liefern oft ein Zerrbild der realen weltpolitischen Probleme, zumindest wenn es um die dabei vorhandene deutsche Mitverantwortung geht. Dieses gilt aktuell besonders für den Umgang mit Flüchtlingen, die aufgrund der zunehmenden weltweiten Konflikte auf Asylsuche sind. Die Bereitschaft in der deutschen Politik, Flüchtlinge aufzunehmen, ist geradezu lächerlich in Bezug auf die tatsächlich vorhandenen, weltweiten Flüchtlingsströme und deren Ursachen. Verwerflich ist die an Europas Außengrenzen sich verstärkende Flüchtlingsabwehr – die Krokodilstränen nach den Lampedusa-Katastrophen des letzten Jahres sind bereits in Vergessenheit geraten.

Dirk Morlok von ProAsyl zeigt in seinem Beitrag nicht nur auf, dass andere Länder wesentlich gravierendere Belastungen durch Flüchtlingsströme zu tragen haben, als dieses in Deutschland der Fall ist. Damit zeigt sich auch, dass Flüchtlingsströme der eigentliche „Kollateralschaden“ von Kriegen und wirtschaftlicher Ausplünderung sind, an denen EU und NATO einen maßgeblichen Anteil haben. Man beachte nur die aktuelle Zahl der registrierten Flüchtlinge in und aus Afghanistan, mehr als 12 Jahre nach der militärischen NATO-Intervention.

Auch die zunehmende Rolle Deutschlands als Rüstungsexporteur setzt eine Politik voraus, die bewusst über Leichen geht. Jürgen Grässlin listet in seinem Beitrag auf, dass sich deutsche „Klein-“waffen zu den eigentlichen Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts entwickelt haben.

Die jüngste Debatte über Waffenlieferungen nach Nahost zur Bekämpfung des IS-Terrors ist Teil des innenpolitischen Zerrbildes über den dort vorhandenen Konflikt. Dieses gilt auch für die Diskussion über den Umgang mit deutschen Salafisten und deren Kriegs-Tourismus. Wirksame Unterstützung gegen den IS-Terror wäre eine andere deutsche Außenpolitik, die sich klar gegen die Sponsoren des IS positionieren würde, nämlich vor allem die Türkei (wo immer noch deutsche Patriot-Raketen stationiert sind) sowie Katar und Saudi-Arabien als Finanziers des Syrien-Krieges gegen

das Assad-Regime. Vor allem damit wäre den bedrängten Kurden in ihrem verzweifelten Abwehrkampf gegen den IS-Terror zu helfen, keineswegs aber mit deutschen Waffen, von denen mit Sicherheit ein Großteil in die Hände von IS-Terroristen gelangen wird. Da eine Änderung der deutschen Außenpolitik nicht zu erwarten ist, sind wir als Friedensbewegung gefordert, solidarisch mit den Kurden zu sein, die in jüngster Zeit weltweit zu Hunderttausenden auf die Straße gehen, so allein in Deutschland am 1.11. viele Tausende in 16 Städten. In einem Interviewbeitrag beantwortet Murat Cakir, warum das gesellschaftliche Modell der kommunalen Selbstverwaltung in den kurdischen Regionen Syriens beispielhaft ist und warum die Anrainerstaaten an diesem Modell kein Interesse haben.

Den Ukraine-Konflikt beleuchtet Otto Jäckel, Rechtsanwalt und Vorsitzender der deutschen Sektion von IAL-ANA. Er verweist darauf, dass sowohl über die UNO wie auch die OSZE Schlichtungsmöglichkeiten im Konflikt zwischen der Regierung in Kiew und den Separatisten im Osten des Landes vorhanden wären – wenn insbesondere die deutsche Regierung daran interessiert wäre, anstatt als Brandbeschleuniger mit Russophobie aktiv zu werden.

Als eine der in der deutschen Friedensbewegung laufenden Kampagnen sei an dieser Stelle das Motto „Krieg beginnt hier!“ zu nennen. Dieses gilt nicht nur für die vorgenannten Einzelthemen, sondern im besonderen für die US-amerikanischen Kommando-zentralen auf deutschem Boden, mit denen die weltweiten Drohneneinsätze gesteuert werden. Gegen die US-Einrichtungen in Kalkar finden bereits seit Jahren regelmäßig regionale Demonstrationen statt, so auch wieder am 3.10. Den Redebeitrag von Bernd Trautvetter haben wir in dieser Ausgabe abgedruckt.

Wir sind als Friedensbewegung deshalb aktuell darin gefordert, die deutsche Verantwortung für die weltweite Konflikt-Zuspitzungen anzuprangern und damit der mit „neuer deutscher Verantwortung“ umschriebenen Kriegspropaganda entgegen zu treten.

Die Redaktion

Weltweit wachsende Flüchtlingsströme

von Dirk Morlok, Frankfurt a.M. (Förderverein PRO ASYL e.V.)

Hohe Schutzquoten, schnelle Ablehnungen und immer mehr Dublin-Verfahren – so sahen die Asylverfahren des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im letzten Jahr aus. Die Asylantragszahlen sind deutlich gestiegen, eines sollte aber nicht vergessen werden: Deutschland und Europa sind weit davon entfernt, Hauptziel der Schutzsuchenden weltweit zu sein.

Im Jahr 2013 wurden 109.580 Asylanträge in Deutschland gestellt – ein Anstieg um rund 45.000 (70%) im Vergleich zum Vorjahr. Auch im laufenden Jahr stieg die Zahl der Asylanträge weiter an: 116.659 neue Asylanträge bis Ende September bedeuten einen erneuten Anstieg um 57,2% im Vergleich zum Vorjahr.

Es besteht aber kein Grund zu dramatisieren, denn mit Schwankungen in der Zahl der ankommenden Flüchtlinge ist im Kontext der weltpolitischen Lage immer zu rechnen. Insofern kam der Anstieg der Flüchtlingszahlen nicht aus heiterem Himmel. Nicht nur der Krieg in Syrien treibt viele Menschen in die Flucht, auch in Ländern wie Afghanistan oder Irak bricht immer wieder Gewalt aus.

Trotz des erneuten, vergleichsweise deutlichen Anstiegs der Zugänge an Asylsuchenden sollte es für Länder und Kommunen in einem reichen Land wie Deutschland machbar sein, mit einer vorausschauenden Politik im Laufe eines Jahres 150.000 – 200.000 Flüchtlinge unterzubringen. Zum Vergleich: die Türkei nahm Medienberichten zufolge Ende September allein an einem Wochenende 130.000 syrische Flüchtlinge auf, die vor Terroristen des Islamischen Staats fliehen mussten.

Die meisten Flüchtlinge stranden in der Region

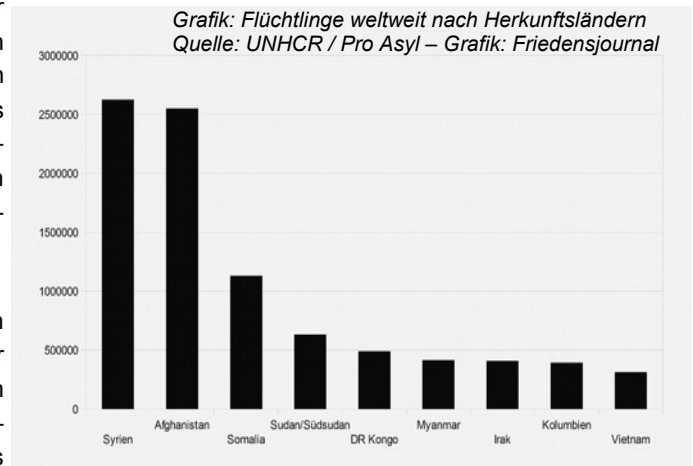
Weltweit ist im Jahr 2013 die Zahl der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen auf den höchsten Stand seit dem Zweiten Weltkrieg gestiegen. Ein Hauptgrund hierfür ist der Syrien-Krieg. Dem

UNHCR-Bericht »GlobalTrends« zufolge waren Ende 2013 weltweit insgesamt 51,2 Millionen Menschen auf der Flucht. 33,3 Millionen davon sind Binnenvertriebene, die innerhalb ihres Heimatlandes auf der Flucht sind. Im Vergleich zu 2012, als 45,2 Millionen Menschen auf der Flucht waren, stieg die Zahl binnen Jahresfrist um sechs Millionen Flüchtlinge an. 86% aller Flüchtlinge weltweit lebten in Entwicklungsländern. Ein Jahrzehnt zuvor waren es nur 70%, d. h. die Kluft zwischen ärmeren und reicheren Staaten bei der Flüchtlingsaufnahme wird immer breiter.

Hauptherkunftsstaaten waren Afghanistan, Syrien und Somalia: 53% der Flüchtlinge weltweit kamen allein aus diesen drei Staaten. Im Laufe des Jahres 2013 ist insbesondere die Zahl der Syrer/innen auf der Flucht noch einmal exorbitant angestiegen. Das Beispiel Syrien zeigt, dass der Großteil der Flüchtlinge nicht nach Europa und nach Deutschland gelangt, sondern in der Herkunftsregion verbleibt. Zum Vergleich: Von Anfang 2011 bis Ende Juli 2014 sind rund 58.000 Personen aus Syrien nach Deutschland eingereist, die Europäische Union erreichten insgesamt rund 140.000 syrische Flüchtlinge. In den Nachbarstaaten Syriens halten sich hingegen über 3 Millionen Flüchtlinge auf (UNHCR, Stand Oktober 2014).

In Syrien selbst zählt UNHCR mehr als 6,5 Millionen Binnenvertriebene, also Flüchtlinge, die innerhalb ihres Landes auf der Flucht sind. Der Libanon beherbergt im Oktober 2014 über 1,1 Millionen syrischer Flüchtlinge, die Türkei hat ebenfalls über 1 Million, Jordanien 620.000 syrische Flüchtlinge aufgenommen, die binnen weniger Monate gekommen waren. Auch im Irak haben mit 220.000 syrischen Flüchtlingen deutlich mehr Flüchtlinge Schutz gesucht, wie Deutschland im Jahr 2014

insgesamt an Asylsuchenden zu verzeichnen haben wird. Gleichzeitig sind übrigens als Folge des Kriegs auch zahlreiche irakische Flüchtlinge erneut vertrieben worden und aus ihrem bisherigen Zufluchtsland Syrien in ihr Herkunftsland zurückgekehrt, wo die Situation weiterhin sehr problematisch ist.



Asylsuchende fliehen vor Krieg, Verfolgung, existenziellen Bedrohungen

Die Hauptherkunftsländer von Asylsuchenden in Deutschland reflektieren einige zentrale Konfliktherde. Hauptherkunftsland von Asylsuchenden in Deutschland 2014 ist mit rund 23.600 Asylanträgen Syrien. Entgegen weit verbreiteter Meinung fliehen Roma aus Serbien (von dort insgesamt 11.200 Anträge) und anderen Balkanstaaten nicht nur aus bitterster Armut, sondern auch vor einer massiven Diskriminierung und Ausgrenzung, die existenzbedrohend ist.

Weitere Herkunftsländer von Asylsuchenden sind Eritrea (9.600), wo eine der brutalsten Militärdiktaturen der Welt an der Macht ist, und Afghanistan (6.600), wo Anschläge, gezielte Verfolgungen und Machtkämpfe täglich mehr zivile Opfer fordern. 4.300 Menschen entflohen dem »zerfallenen Staat« Somalia, der zum großen Teil von brutalen Warlords beherrscht wird, 3.400 dem Dauerkrisenherd Irak und den Greueln des islamischen Staats.

Hohe Schutzquoten für manche Gruppen

Die Schutzquote im Asylverfahren betrug bis Ende September 2014 in der ersten Instanz – beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) – genau 29,5% von allen Fällen inklusive derer, für die das BAMF die Zuständigkeit ablehnt («Dublinfälle»), das Schutzgesuch also gar nicht inhaltlich prüft. Rechnet man diese Dublinverfahren und die sonstigen »formellen Erledigungen« heraus, liegt die Schutzquote insgesamt bei über 48 Prozent. Das ist nicht wenig. Nach den offiziellen Zahlen (inklusive Dublinfälle) erhielten 22,3% eine Anerkennung als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention (mitgezählt 1,7%, denen auch die Asylberechtigung nach dem Grundgesetz zuerkannt wurde) und 7,1% den so genannten subsidiären Schutz. Bei dieser Gruppe wird seit 2013 noch einmal unterschieden: zwischen europarechtlichem subsidiären Schutz oder nationalem subsidiären Schutz (zum Beispiel wegen nicht behandelbarer Krankheiten, Gefahr für Leib und Leben). Die europarechtlich subsidiär Geschützten zählen wie die GFK-Flüchtlinge zur Kategorie »international geschützt« – ihre Rechtssituation ist dennoch schlechter als diejenige der Anerkanten. Besonders häufig bekamen syrische Flüchtlinge Schutz: Sie erhielten zu 89% einen Schutzstatus, davon drei Viertel Flüchtlingsanerkennungen und ein Viertel subsidiären Schutz.

Verwaltungsgerichte: Viele Korrekturen

Die Gerichte korrigieren die Anerkennungszahlen regelmäßig weiter nach oben: Von Januar bis Mai 2014 wurden 11% der Ablehnungen durch Gerichte korrigiert und endeten mit Flüchtlingsstatus oder subsidiärem Schutz; Eine besonders hohe Anzahl an Korrekturen durch die Verwaltungsgerichte gab es bei den Herkunftsländern Syrien (45,6%), Afghanistan (39,1%), aber auch bei den Herkunftsländern Pakistan (32,3%), Somalia (27,6%) oder dem Iran (26,3%) wurden sehr viele der Bundesamts-Entscheidungen durch Gerichte aufgehoben. Offenkundig notwendig wäre eine deutliche Qualitätsverbesserung der Entscheidungen beim Bundesamt.

Lange Asylverfahren - verschwendete Lebenszeit

Flüchtlinge mussten und müssen zum Teil sehr lange auf eine erste Entscheidung über ihre Asylanträge warten. Im zweiten Quartal 2014 betrug die durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Asylanträgen beim Bundesamt knapp sieben Monate, wobei insbesondere Flüchtlinge mit guten Anerkennungschancen auf eine harte Geduldsprobe gestellt wurden. Für irakische Flüchtlinge dauerte das Verfahren bis zur ersten Entscheidung durchschnittlich 10 Monate, für afghanische Flüchtlinge knapp 1 Jahr. Iranische Flüchtlinge mussten sogar mehr als 12

Monate, pakistanische Flüchtlinge fast 14 Monate warten.

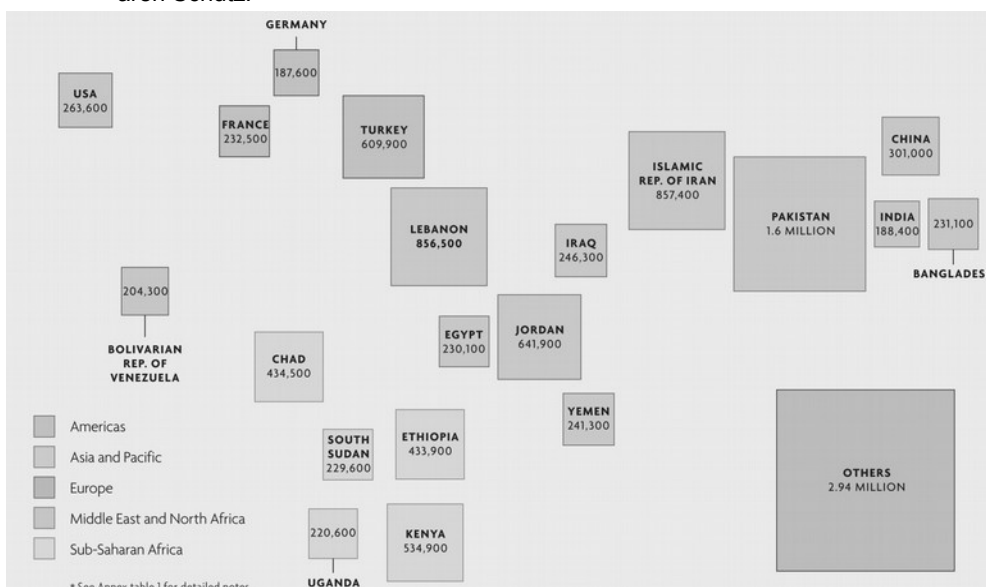
Angesichts der vergleichsweise guten Chancen der Betroffenen im Asylverfahren mit (bereinigten) erstinstanzlichen Schutzquoten von 32% (Pakistan), 66% (Afghanistan), 73% (Irak, Iran) zum Ende des ersten Halbjahres 2014 ist dies ein unerträglicher Zustand für die Betroffenen und schlussendlich eine behördlich verursachte Lebenszeitverschwendung für Flüchtlinge.

Besonders dramatisch wird dieser Zustand dadurch, dass ein erheblicher Teil dieser Verfahren (z.B. aufgrund der Zuständigkeit eines anderen Dublinstaates) inhaltlich nicht geprüft wird und diese Verfahren schneller bearbeitet werden. Somit dürfte die Dauer der inhaltlich geprüften Verfahren noch deutlich über den genannten Durchschnittswerten liegen und die Betroffenen noch wesentlich länger warten müssen.

Balkanflüchtlinge: Asylverweigerung beschleunigt

Bei den einen langsam, bei den anderen ganz schnell: Die geringe Bundesamts-Schutzquote von weniger als 0,5% bei Flüchtlingen aus den Balkanstaaten Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina hängt auch mit einer von Bundesinnenministerium und Bundesamt (BAMF) betriebenen »Verfahrensoptimierung im Hinblick auf den starken Anstieg der Asylbewerberzahlen 2013« zusammen – gemeint sind Maßnahmen zur Verkürzung der Verfahrensdauer und schnelleren Abschiebung.

Asylanträge aus den Balkanstaaten wurden und werden bevorzugt bearbeitet und die Betroffenen in Schnellverfahren pauschal abgelehnt. Diese seit Herbst 2012 bestehende Praxis will die große Koalition nun auch gesetzlich festschreiben: Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina wurden als »sichere Herkunftsländer« definiert, in denen keine Verfolgung droht und die betreffenden Asylanträge werden damit automatisch als »offensichtlich unbegründet« eingestuft werden – verkürzte Rechtsmittelfristen und die unmittelbar drohende Abschiebung



Grafik: Die 20 größten Aufnahmeländer für Flüchtlinge weltweit (Summe 11,7 Mio. - Stand Ende 2013)
Quelle: entnommen aus UNHCR Global Trends 2013

sind die Folge. Frankreich hat dagegen im letzten Jahr rund 17% der serbischen Asylantragsteller als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt sowie 10% der bosnischen Asylsuchenden und erkennt damit Verfolgungshandlungen in diesen Ländern in mehr als nennenswertem Umfang an.

Minderjährige Flüchtlinge: Schutzlücke gestopft

50% aller Flüchtlinge weltweit waren im Jahr 2013 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Davon suchten 25.300 Minderjährige ohne elterliche Begleitung Asyl, vorwiegend aus Afghanistan, dem Südsudan und Somalia. Das ist die höchste je von UNHCR registrierte Zahl. Auch in Deutschland gab es 2013 einen Anstieg der Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge: Von knapp 2.500 unbegleiteten Minderjährigen kamen mit 691 rund 28% aus Afghanistan, dahinter folgen Somalia (354), Syrien (287) und Eritrea (138) als Hauptherkunftsstaaten. Die Schutzquote lag bei den unter 16-Jährigen bei 70%, bei den 16- und 17-Jährigen bei 52,4%. Die Schutzquoten sind damit deutlich angestiegen, was vor allem mit einer überfälligen Korrektur im Umgang mit unbegleiteten Minderjährigen zusammenhängen dürfte.

Bis Ende 2013 fielen Kinderflüchtlinge im Asylverfahren oft durch, weil sie laut einer Regelung im Aufenthaltsgesetz ohnehin nicht abgeschoben werden durften. Dies betraf Minderjährige, die im Heimatland weder von Familienangehörigen noch einer Institution aufgenommen worden wären. Die betroffenen Kinder erhielten so lediglich eine Duldung – und das zunächst auch nur bis zur Volljährigkeit. Künftig gilt für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ein Abschiebungshindernis nach Art. 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention, damit erhalten sie auch eine Aufenthaltserlaubnis.

Im ersten Halbjahr 2014 stellten 1.575 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einen Asylantrag in Deutschland, ein Anstieg um 57%. Auch im laufenden Jahr kamen mit 405 die meisten unbegleiteten Minderjährigen aus Afghanistan, es folgten 225 syrische Kinderflüchtlinge, 220 aus Somalia und 212 eritreische Minderjährige. Die Schutzquote stieg im laufenden Jahr erneut an und liegt derzeit bei über 64% (73% bei den unter 16-Jährigen, 62% bei den über 16-Jährigen).

Mehr und mehr Abschiebungen

Die Zahl der Abschiebungen aus Deutschland stieg im letzten Jahr deut-

lich an. Der Anstieg geht vor allem auf Dublin-Überstellungen in andere EU-Staaten und somit auf ein europäisches Asylsystem zurück, in dem Fluchtwege wichtiger sind als Fluchtgründe. Gegenüber rund 7.650 Abschiebungen 2012 stieg die Zahl 2013 auf 10.200, ein Anstieg um ein Drittel. Abschiebungen betreffen aber nicht nur Flüchtlinge, sondern auch Menschen mit abgelaufener Aufenthaltserlaubnis oder (z. B. wegen Straftaten) ausgewiesene Migranten. Nur leicht stieg die Zahl der Zurückschiebungen von 4.417 auf 4.498 an.

Zurückschiebungen betreffen unerlaubt Eingereiste und werden zumeist innerhalb von sechs Monaten vollzogen, z. B. nach polizeilichen Personenkontrollen. Auch die Zahl der Zurückweisungen an der Grenze stieg kaum – von 3.829 auf 3.850. Insgesamt waren 18.546 Personen von Abschiebungen, Zurückschiebungen und Zurückweisungen betroffen. Ein Drittel aller Ab- und Zurückschiebungen waren Dublin-Überstellungen, wiederum ein Drittel davon betraf Kinder.



Weitere Infos: www.proasyl.de

Europa rettet nur noch kurz vor der Küste

Ein Jahr lang leistete Italien mit Mare Nostrum humanitäre Hilfe und rettete Tausende von Menschen vor dem Ertrinken. Nun übernimmt die EU die Aufgabe - doch die Mission „Triton“ ist keine gute Nachricht für Flüchtlinge, die über das Meer kommen.[...]

Italien hatte im vergangenen Oktober nach der Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa mit offiziell 366 Toten gehandelt und ein Rettungsprogramm gestartet mit pathetisch-althistorischem Namen: Mare Nostrum – Unser Meer. In eigener Regie und auf eigene Kosten. Nun soll Europa mit Triton das Kommando übernehmen. [...]

Fest steht bislang nur: Triton wird mit vermindertem Radius agieren. Neun Millionen Euro pro Monat stellte Italien für Mare Nostrum bereit, die EU-Mission Triton soll mit einem Drittel der Summe auskommen. Mehr aber noch: Mare Nostrum hatte Flüchtlinge auch außerhalb der italienischen Hoheitsgewässer gerettet – viele von ihnen stammen aus dem Bürgerkriegsland Syrien.

Die Triton-Schiffe sollen aber nur in einem Gebiet bis 30 Seemeilen vor Italiens Küste kreuzen. Europa zieht sich zurück. Und erntet dafür Kritik. „Mare Nostrum darf nicht beendet werden“, forderten Amnesty International, Ärzte ohne Grenzen und das Zentrum für Immigrationsstudien Asgi in einem offenen Brief an Italiens Premierminister Matteo Renzi. [...]

153.000 Flüchtlinge hat Italiens Marine seit dem vergangenen Oktober im Mittelmeer gerettet, davon 98 000 aus Seenot. Dennoch starben allein in diesem Jahr mehr als 3300 Menschen bei der Überfahrt von Libyen nach Italien. „Die Flüchtlingsrettungsaktion Mare Nostrum muss fortgesetzt werden“, forderte die Grünen-Abgeordnete Ska Keller und warnte davor „sehenden Auges den Tod von Flüchtlingen in Kauf zu nehmen“.

Aber Europa kapituliert. Manche verweigern sogar gänzlich die Hilfe. Großbritannien will sich am Triton-Einsatz nicht beteiligen. „Wir unterstützen keine gezielte Such- und Rettungsaktion im Mittelmeer“, teilte Staatssekretärin Joyce Anelay jetzt barsch mit.

Quelle: www.fr-online.de / 1.11.2014

Brandbeschleuniger in der Bundesregierung

von Jürgen Grässlin, Sprecher der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“



Der Nahe und Mittlere Osten stellen traditionell den lukrativsten Absatzmarkt für die deutsche Rüstungsindustrie dar. Gleich mehrere Kriege bzw. Bürgerkriege wüten – und das zuweilen seit Jahren und Jahrzehnten – mit ausreichend Intervallen zur neuerlichen Nach- und Hochrüstung. Das Angenehme aus Sicht von Airbus (vormals EADS), Krauss-Maffei Wegmann, Rheinmetall, ThyssenKrupp Marine Systems, Diehl und Heckler & Koch ist daran, dass ausnahmslos alle Bundesregierungen in diesem Jahrhundert den Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern in diese Krisen- und Kriegsregion genehmigten bzw. bis heute genehmigen.

Waffen gegen Völkerrecht und Grundgesetz

Dank einer umfassenden Parteienkoalition legalisierten CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen in Regierungsverantwortung Kriegswaffentransfers in insgesamt mehrfacher Milliardenhöhe an Staaten wie die Türkei, Israel, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar, Brunei, den Iran und den Irak. Das einzige Hindernis bestand bislang in der Tatsache, dass gegen Länder wie Iran und Irak Waffenembargos der Vereinten Nationen verhängt wurden. An diese Staaten sind – abgesehen vom NATO-Partner Türkei – Rüstungsexporte durch das Völkerrecht und damit auch durch das Grundgesetz untersagt.

Mit den aktuell erteilten Genehmigungen für Kriegswaffenlieferungen über Bagdad an die Peschmerga unterläuft die amtierende Bundesregierung das bis heute bestehende Waffenembargo gegen den Irak. Mit den derzeit laufenden Gewehr-, Panzerabwehrraketen- und Munitionslieferungen brechen Bundeskanzlerin Angela Merkel, Vizekanzler Sigmar Gabriel und weitere Bundesminister – im Übrigen

nicht die gesamte Bundesregierung – Völkerrecht und Grundgesetz. Gleichzeitig fungieren sie infolge der Rüstungslieferungen als Brandbeschleuniger in einem Krieg, dessen Opfer ein Vielfaches an humanitärer Hilfe benötigen, keinesfalls aber militärisches Gerät in der Region mit einer der höchsten Kriegswaffendichten weltweit.

Am Antikriegstag 2014: Rechtsbruch abegesenet

Ende August 2014 entschieden die Bundeskanzlerin und vier Minister von CDU/CSU und SPD in interner Runde, dass insgesamt 16.000 G3- und G36-Sturmgewehre mit 6.000.000 Schuss Munition, 40 MG3-Maschinengewehre mit 1.000.000 Schuss Munition, 8000 P1-Pistolen mit 1.000.000 Schuss Munition, 30 Panzerabwehrwaffen MILAN mit 500 Lenkflugkörpern, 200 Panzerfäuste-3 mit 2500 Patronen, 40 Schwere Panzerfäuste mit 1000 Patronen, 100 Signalpistolen mit 4000 Patronen sowie 10.000 Handgranaten in das Bürgerkriegsland Irak ausgeliefert werden sollen. Weder die Bundesregierung noch der geheim tagende Bundessicherheitsrat waren in diese Entscheidung involviert. Die besagten Kriegswaffen stammen aus Beständen der Bundeswehr.

Zynischer Weise am internationalen Antikriegstag, dem 1. September 2014, stimmte der Deutsche Bundestag in seiner Sondersitzung mit den Stimmen der schwarz-roten Regierungskoalition diesem Beschluss im Nachhinein zu. Die Oppositionsparteien Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE votierten gegen den Entscheid, der aufgrund der Rechtslage lediglich symbolischen Charakter hat.

Ausdrücklich verweist das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) darauf, dass nach § 69e Abs. 1 Außenwirtschaftsverordnung (AWV), der den Gemeinsamen Standpunkt 2003/495/GASP in nationales Recht umsetzt, der „Verkauf und Ausfuhr von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial, die von Teil I Abschnitt A der Ausfuhrliste erfasst sind, in den Irak

verboten“ ist. Mögliche Ausnahmen betreffen Lieferungen für die im Land stationierten multinationalen Streitkräfte, also beispielweise UN-Truppen. Dagegen sind die laufenden Waffenlieferungen an nationale irakische Streitkräfte untersagt, sie verstoßen gegen das UN-Waffenembargo – und damit zugleich gegen das Grundgesetz (GG).

Artikel 25 GG bestimmt, dass die allgemeinen Regeln des Völkerrechts gegen das Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen von 1949 Bestandteil des Bundesrechts sind. Schließlich hat die UN-Charta das frühere Recht eines souveränen Staates, einen Krieg führen zu können, abgeschafft. Deutsche Kriegswaffenexporte in den Irak sind demnach völkerrechtswidrig. Ungeachtet dessen bietet die Unterwanderung eines Waffenembargos anderen Staaten bei zukünftigen Waffenexporten ein extrem schlechtes Vorbild.

Irakische Peschmerga: ein Präzedenzfall

Als nichtstaatliche Empfänger deutscher Kriegswaffen stellen Waffenlieferungen an die Peschmerga im Nordirak einen Präzedenzfall dar, der als Türöffner für kommende Waffentransfers dienen wird. Die Büchse der Pandora ist geöffnet, weitere Waffenanforderungen anderer Staaten in Krisen- und Kriegsgebieten werden folgen.

En Passant führt die deutsche Regierungselite die in dem von CDU/CSU und SPD verabschiedeten Koalitionsvertrag 2013 die Politischen Grundsätzen der Bundesregierung zum Rüstungsexport ad absurdum. Denn gemäß diesen selbstgesetzten Richtlinien politischen Handelns darf Deutschland – wohlgemerkt mit Bezug auf das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) und das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) – „bei bewaffneten internen Auseinandersetzungen“ keine Kriegswaffen und Rüstungsgüter liefern.

Laut Artikel 26 GG verpflichtet sich Deutschland, für das friedliche Zusammenleben der Völker einzutreten. Gemäß den beiden Ausführungsgesetzen

AWG und KWKG kommen Exporte nicht in Betracht, wenn die innere Lage des betreffenden Landes dem entgegensteht, so bei bewaffneten internen Auseinandersetzungen. Mit den aktuellen Waffentransfers wird das internationale Waffenembargo gegen den Irak unterwandert, somit Völkerrecht und Grundgesetz gebrochen.

Deutsche Waffen beim IS – nur eine Frage der Zeit

Neben deutschen Waffen werden die Peschmerga auch mit US-amerikanischem, französischem, britischem und italienischem Kriegsgerät hochgerüstet. Die Folgen dieses Handelns sind fatal. Denn der Einsatz dieser Kriegswaffen trägt zur weiteren Gewalteskalation im Pulverfass Irak bei. Auch durch den Einsatz deutscher Waffen werden auf Jahrzehnte hinaus – das entspricht der Haltedauer der Waffen im Kriegseinsatz – im Nahen Osten schwerste Menschenrechtsverletzungen ermöglicht.

Sobald die Kämpfer im Nordirak im Einsatz dieser Kriegswaffen geschult sind, können diese gegen den IS eingesetzt und dessen Vormarsch womöglich gestoppt werden – Garantien dafür gibt es nicht. Zumal der IS seinerseits über hochmoderne US-Waffen verfügt, bereits jetzt schon auch über deutsche Waffen und Munition.

Längst wurden erste Munitionspatronen aus deutscher Fertigung im Einsatz der Terrororganisationen Islamischer Staat (IS) gefunden. Sturmgewehre des Typs G3, entwickelt vom Oberndorfer Kleinwaffenproduzenten Heckler & Koch (H&K) sind „überall“ zu finden. Das ist keine sensationelle Erkenntnis in einer Region, die schon vor den aktuellen G3- und G36-(Nach)Lieferungen überschwemmt ist mit H&K-Gewehren.

„In Syrien, wo ISIS entstand, sind bei allen Kriegsparteien auch unzählige in Deutschland entwickelte G3-Sturmgewehre im Einsatz. Die Hisbollah-Kämpfer aus dem Libanon, die für Assad ins Gefecht ziehen, feuern damit ebenso wie moderate Gegner des Regimes oder selbst ernannte Gotteskrieger von der Al-Nusra-Front“, schreibt der renommierte ZEIT-Journalist Hauke Friederichs. Am 1. September 2014,

just dem Tag des Bundestagsentscheids pro deutscher Kriegswaffenlieferungen in den Irak, publizierte die WELT einen Artikel, in dem auf ein Propagandavideo verwiesen wurde. Darin präsentierten IS-Terroristen von ihnen erbeutetes Kriegsgerät. „Als die Kamera nach unten schwenkt, ist eine verpackte Rakete zu sehen. In deutscher Sprache ist darauf zu lesen ‚Lenkflugkörper DM 72 – 136 mm Panzerabwehr“.

Im laufenden Krieg im Irak dienen deutsche Waffen – wie auch die der anderen Staaten – als Brandbeschleuniger, sie tragen massiv zur Konflikteskalation bei. Bei kommenden Konflikten und Kriegen werden die derzeit gelieferten G3-Schnellfeuergewehre und neuerdings zusätzlich G36-Sturmgewehre zum Einsatz kommen. Es bleibt eine Frage der Zeit, wann diese beiderseits der Front eingesetzt werden. Angesichts der Opferzahlen sind eben Kleinwaffen die tödlichste Waffengattung weltweit. Allein mit Gewehren werden zwei von drei Menschen in Kriegen erschossen. Tödlicher und damit verantwortungsloser kann deutsche Regierungspolitik nicht sein.

Mit der SPD mehr statt weniger Rüstungsexport

Die aktuellen Kriegswaffenlieferungen an den Irak stellen lediglich die Spitze eines gewaltigen Eisbergs dar. Laut Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für das erste Halbjahr 2014 lag der Anteil der Waffenlieferungen in die besonders bedenklichen ‚Drittländer‘ – unter ihnen zahlreiche menschenrechtsverletzende Staaten, vielfach Diktaturen – auf einem neuerlichen Rekordniveau von 63,5 Prozent. Dabei sind Rüstungsexporte in Drittländer, die nicht Mitglied der NATO oder NATO-assoziiert sind, aus rechtlicher Sicht allenfalls in begründeten Ausnahmefällen erlaubt. Die CDU/CSU-SPD-geführte Bundesregierung macht den Ausnahme- zum Regelfall und bricht damit deutsches Recht.

Nach nur wenigen Monaten entpuppten sich die vollmundigen Ankündigungen von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, den Waffenhandel deutlich einzuschränken zu wollen, als hohle Versprechungen. Allein im je-

weils ersten Halbjahr 2013 und 2014 betrug die Ausfuhrgenehmigungen für Kleinwaffen, Kampfflugzeuge, Kampfpanzer und Kriegsschiffe in Drittstaaten rund 1,4 Mrd. Euro. Allein rund 600 Mio. Euro entfallen auf ein bereits im Jahr 2003 zugesagtes und jetzt ausgeführtes U-Boot für Israel. Bekanntlich hat das israelische Militär auf deutschen U-Booten Atomraketen stationiert.

Damit setzt die SPD als Regierungspartei die hemmungslose Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung an menschenrechtsverletzende Staaten ungebrochen fort, die sie als Oppositionspartei noch vehement kritisiert hat. Verlogener kann Regierungspolitik nicht sein.

Weitere Infos:

www.juergengraesslin.com

(u.a. Bücher des Autors)

www.aufschrei-waffenhandel.de

www.dfg-vk.de

www.rib-ev.de

(Rüstungsinformationsbüro)

Im Wissen um die drohenden weiteren Menschenrechtsverletzungen mit deutschen Waffen und in Erkenntnis der Völkerrechtswidrigkeit der Lieferung von Kriegswaffen in den Irak fordert der der Bundessprecherkreis der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)

- von der Bundesregierung die Rücknahme der Lieferentscheidung deutscher Kriegswaffen in den Irak,
- von allen an der Ausfuhr Beteiligten in der Politik, bei der Bundeswehr, beim Zoll und denen in der Abfertigung die aktive Behinderung sowie Verhinderung der Waffenausfuhren in den Irak.

Wir bitten friedensbewegte Bürgerinnen und Bürger, diesen Aufruf zu unterzeichnen und Friedensaktivitäten gegen die Kriegswaffenexporte in den Irak zu unterstützen.

Unterstützungen unter Angabe des Wohnortes bitte an DFG-VK-Bundesverband, Werastr. 10, 70182 Stuttgart per E-Mail an: dfg-vk@stoppt-den-waffenhandel.de Online-Unterstützung <https://www.frieden-mitmachen.de>“

Kurden in Rojava brauchen unsere Solidarität

Interview mit Murat Cakir, Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen, Kassel

FJ: In kurdisch besiedelten Gebieten wird versucht, eine kommunal organisierte demokratisch-ökologische Gesellschaft nach den Visionen von Abdullah Öcalan umzusetzen. Was sind die Kernelemente dieses Konzeptes und was macht ihre Attraktivität für die Kurden aus?

Die unter Führung der PYD (Partei der demokratischen Union) in den nordsyrischen Regionen Afrin, Kobanê und Cizirê aufgebauten demokratischen Rätestrukturen (Kantone) verdienen es, als »Pariser Kommune des 21. Jahrhunderts« bezeichnet zu werden. Die Selbstverwaltungen, so auch die Selbstverteidigungskräfte, sind charakterisiert durch Geschlechterquoten und Repräsentation von Bevölkerungsgruppen entlang ethnischer bzw. religiöser Zugehörigkeit. Kurdische, arabische sowie assyrisch-christliche Bevölkerungsgruppen haben es bewerkstelligt, gleichberechtigte und gemeinsame Vertretungen aufzubauen. Dorf-, Stadtteil-, Stadt- und Regionalräte sollen eine hohe Beteiligung der Bevölkerung an den Entscheidungsmechanismen auf allen Ebenen sicherstellen.

Demokratische Preiskontrolle, rechtsstaatliche Gerichtsbarkeit und kostenlose Schulbildung in der jeweiligen Muttersprache sind weitere Kennzeichen der rätedemokratischen Kantone in Rojava (West-Kurdistan). Trotz der äußerst widrigen Bedingungen wird die Versorgung der Bevölkerung auf der Grundlage von Produktionsgenossenschaften organisiert.

FJ: Wie hat sich dieses Konzept unter den besonderen Bedingungen des Bürgerkrieges bzw. der ausländischen, militärischen Intervention in Syrien entwickelt?

Die PYD, die seit 2004 gegen das Assad-Regime kämpft, hat ungefähr ein Jahr nach dem Beginn der Demonstrationen gegen die syrische Regierung begonnen, die autonomen Verwaltungsstrukturen in den überwiegend kurdisch besiedelten Regionen Syriens aufzubauen. Bereits zuvor tat sich die PYD durch ihr unabhängiges Agieren gegenüber der syrischen Opposition hervor.

Die PYD sprach sich nicht nur gegen eine militärische Intervention aus dem Ausland aus. Gleichzeitig bestand sie auf einer Autonomie Rojavas in einem möglichen zukünftigen Syrien. Die überwiegend arabisch-nationalistische syrische Opposition sowie die sog. »Gruppe der Freunde Syrien« lehnten das kategorisch ab. Rojava wurde international isoliert. Diese Isolation wurde begleitet von einem Wirtschaftsembargo, welches von der Türkei und der Regierung der Autonomen Region Kurdistan (KRG) im Nordirak umgesetzt wurde.

Trotz dieser widrigen Umstände hat die Bevölkerung in Rojava unter der Führung der PYD ihre demokratische Autonomie erklärt und alle kurdischen Parteien in Rojava aufgefordert, die Leitung gemeinsam mit der PYD und anderen Gruppen zu übernehmen. Barzani-nahe Parteien, die über keinerlei gesellschaftliche Verankerung verfügen lehnten dieses Angebot ab, da sie sich gegen die nichtkapitalistische Orientierung aussprachen.

Inzwischen ist die demokratische Autonomie mit einem »Gesellschaftsvertrag der Kantone Rojavas« verfassungsmäßig festgehalten und übt daher, nicht

nur für die kurdische Bevölkerung Syriens, sondern auch auf andere Völker des Nahen Ostens aufgrund ihrer Ori-

entierung auf Gleichberechtigung und Basisdemokratie eine hohe Attraktivität aus.

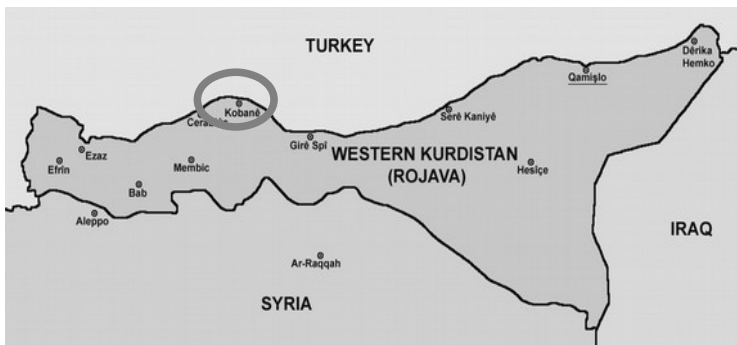
FJ: In welchem Kontext steht dieses mit Kobane als Zielscheibe der IS-Terroristen?

Für das Terrorkalifat, genannt »IS« haben Rojava und insbesondere Kobanê eine strategische Bedeutung. Die demokratische Verfasstheit Rojavas wird von dem Terrorkalifat als »Teufelszeug« angesehen. Aber Kobanê ist aufgrund seiner Eigenschaft als Grenzstadt und mittlerer Kanton besonders wichtig. Wenn Kobanê in die Hände des Terrorkalifats fällt, wird es umso leichter, Kämpfer aus der Türkei zu rekrutieren und Waffen sowie andere Güter zu schmuggeln, zumal die türkischen Behörden offensichtlich sie unterstützen. Die anderen beiden Kantone wären ohne Kobanê von einander abgekoppelt, so dass ihre Verteidigung gegen weitere Angriffe der Terrormiliz schwerer sein würde. Deshalb versucht das Terrorkalifat mit allen Mitteln Kobanê zu erobern.

Die Luftanschläge der sog. »Anti-IS-Allianz«, die durchaus als Völkerrechtswidrig zu bezeichnen sind, werden gegen die Selbstverteidigungskräfte als Faustpfand benutzt, um sie in den Kampf gegen Assad einzubeziehen.

FJ: Keiner der Anrainer-Staaten in der Region scheint ein Interesse an einem Überleben dieses kurdischen Experimentes zu haben. Welche unerwünschten Ausstrahlungen könnten die Prinzipien demokratischen Konföderalismus und Autonomie haben?

Für alle Anrainer-Staaten, auch für die Regierung des kurdischen Autonomiegebiets in Nordirak (KRG) unter der Führung von Massud Barzani stellt Rojava eine Gefahr dar. Die im Iran, Irak, in Syrien und in der Türkei lebende kurdische Bevölkerung verfolgt gespannt die Entwicklung in Rojava und solidarisiert sich mit der Selbstverteidigung Kobanês. Die wage Möglichkeit, dass Rojava auch in anderen Teilen Kurdistans Schule machen könnte, wi-



Grafik: Rojava, wie es auf einer Website der PYD im Oktober 2013 umrissen wurde (Kreismarkierung: Kobane)

Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Rojava>

derspricht den langfristigen Interessen der jeweiligen Regierungen. Deshalb wird jede Unterstützung für Kobanê an Bedingungen verknüpft. Während die Türkei und die KRG im Nordirak von Anfang an ein Wirtschaftsembargo gegen Rojava umsetzen und für militärische Unterstützung die Aufhebung der Kantone fordern, hält sich die syrische Regierung zurück, da sie der Türkei keinen Anlass für eine Intervention im syrischen Gebiet geben will. Iran wiederum hat zwar ein Interesse daran, dass die »IS« zurückgedrängt wird, will aber verhindern, dass iranische Kurd_innen dem Beispiel von Rojava folgen.

FJ: Wie riskant ist die kaum verhüllte Unterstützung Erdogans für die IS bei gleichzeitiger Bekämpfung der Kurdischen Autonomie? Was setzt Erdogan damit innen- und außenpolitisch aufs Spiel und warum?

Die türkische Regierung, allen voran der türkische Staatspräsident Erdogan stehen für eine konfessionell ausgerichtete sunnitisch-konservative Politik im Innern wie im Außen. Dieser sunnitische Konservatismus dient ihnen zur Umsetzung der rigorosen neoliberalen Politik. Aber auch wenn die Regierung fest auf dem Sattel zu sitzen scheint, hat ihre Politik zwei Achillesferse: Zum einen die wirtschaftliche Situation, die sehr brüchig ist. Die türkische Wirtschaft ist vom ständigen Zufluss des Auslandskapitals abhängig. Etwaige Rückflüsse können innerhalb einer kurzen Zeit zu großen Problemen führen. Die Tatsache, dass die Verschuldung der privaten Haushalte in den letzten 10 Jahren dramatisch gewachsen ist und inzwischen rund 30 Mio. Menschen als „nicht kreditwürdig“ auf schwarzen und grauen Listen der Banken geführt werden, deutet auf einen großen sozialen Konflikt hin, welches entstehen würde, wenn der Wirtschaftsmotor zu stottern beginnt. Die zweite Achillesferse ist die kurdische Frage. Die AKP-Regierung versucht seit langem durch Versprechungen, die im Detail als kosmetische Korrekturen entlarvt wurden, die auf Gleichberechtigung hoffende kurdische Bevölkerung hinzuhalten. Aber lange wird die Regierung die Menschen nicht mehr hinhalten können, denn Anfang Oktober 2014

konnte man verfolgen, dass die »kurdische Straße« immer radikaler wird und unkontrollierbare »Wutdemonstrationen« entstehen können.

Die Fortführung des sogenannten Friedensprozesses mit den Kurden ist damit akut gefährdet, da inzwischen von der PKK erklärt wird, dass ohne rechtliche Schritte zugunsten der Kurden dieser Prozess beendet und der bewaffnete Kampf wieder aufgenommen wird. Wenn die Regierung keine konkreten Schritte unternimmt, kann der neu entstehender Konflikt blutiger werden, als es bisher war.

Es ist zwar richtig, dass quasi alle außenpolitischen Ziele der AKP-Regierung nun in Trümmern liegen, aber es sollte nicht vergessen werden, dass die Türkei NATO-Mitglied ist.

FJ: Welche Konsequenz hat dabei denn die seitens der US-Regierung vorgetragene Kritik an der AKP-Regierung?

Es ist unwahrscheinlich, dass die USA oder die EU die Türkei fallen lassen würden. Die strategische Bedeutung der Türkei als Energieumschlagplatz, als Frontland des Westens im Nahen Osten und als ein NATO-Mitglied mit einer großen Armee ist nicht zu unterschätzen. Ob mit dieser oder anderer Regierung, die Türkei wird immer ein wichtiger Akteur von imperialistischen Strategien bleiben. Trotz der vielen Kritiken aus Washington, Berlin oder Brüssel an der AKP-Regierung ist eine signifikante Veränderung der Türkei politik unterschiedlicher westlicher Staaten nicht festzustellen.

FJ: Die PKK gilt auch seitens der EU immer noch offiziell als Terrororganisation. Was müsste geschehen, damit dieser Anachronismus beseitigt werden kann?

Auch hier gilt, dass der Westen keine Schritte unternommen wird, mit denen die Interessen der Türkei berührt werden. Die Liste der Terrororganisationen ist im Grunde willkürlich zusammengestellt und nur politisch begründet. Die westliche Politik in Syrien und im Irak sowie gegenüber der kurdischen Bevölkerung hat seit langem ihre Glaubwürdigkeit verloren. Erst die veränderte Wahrnehmung der westlichen Öffentlichkeit und der daraus zu Güns-

ten der Kurd_innen wachsende Druck auf die politischen Verantwortlichen im Westen, hat zu einer taktischen Veränderung der Haltung gegenüber der kurdischen Bewegung geführt. Die einzige Möglichkeit, den Anachronismus zu beseitigen ist, für mehr Druck über Aufklärung und Information der demokratischen Öffentlichkeit zu sorgen.

FJ: Was könnte die deutsche Friedensbewegung tun, um einen Schulterschluss mit den relativ hoch politisch motivierten Kurden in Deutschland zu finden?

Zuerst die eigenen Hausaufgaben erledigen: weiterhin und verstärkt gegen Kriegseinsätze, Interventionen und für friedliche Konfliktlösung und strikte Rüstungsverbote streiten. Sich dafür einsetzen, dass die Bundesregierung ihren NATO-Partner für mehr Demokratisierung und friedliche Lösung der kurdischen Frage unter Druck setzt, ihre auf rein wirtschaftliche und strategische Interessen beruhende Türkei-Politik ändert. Die Selbstverteidigungseinheiten von Kobanê haben unlängst erklärt, dass sie zusammen mit den PKK-Einheiten und weiteren YPG-Gruppen aus den anderen beiden Kantone die Verteidigung Rojavas selbst leisten können. Die Türkei müsste diesen Einheiten nur einen Korridor auf ihrem Territorium für militärischen Nachschub und logistische Versorgung öffnen und die faktische Unterstützung des »IS« unterlassen. Diese Forderung möglichst laut zu stellen ist notwendig. Die deutsche Regierung muss unter Druck gesetzt werden, damit sie ihrem NATO-Partner Druck macht.

Rojava bildet ein Gegenmodell zur ethnischen und konfessionellen Polarisierung in der gesamten Region. Das ein solches Modell bisher allein durch Selbstverteidigungskräfte, also ohne imperialistische Protektion geschützt werden konnte, stellt eine Besonderheit dar. Die deutsche Friedensbewegung sollte ihre Möglichkeiten nutzen, um diese Modell einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen und Spendenaufrufe für die Selbstverteidigungskräfte unterstützen. Denn in Kobanê geht es um zivilisatorische Errungenschaften, die dringender internationaler Solidarität bedürfen.

Interviewfragen: Karl-Heinz Peil

Von Weißwäschern, Völkerrecht und deutscher Verantwortung

von Otto Jäckel, Wiesbaden (Vorsitzender von IALANA Deutschland)

Redebeitrag auf der Anti-Kriegs-Konferenz in Berlin am 4.10.2014 (redaktionell bearbeitete Fassung)

„Die Deutschen haben ein gestörtes Verhältnis zur militärischen Gewalt. Sie betrachten sie nicht als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln im Sinne von Clausewitz, sondern als das schlechthin Böse und Falsche, als ein Mittel, aus dem nie und unter keinen Umständen Brauchbares entstehen könne. [...] Statt [...] immer von Neuem die pazifistische Melodie zu singen, wäre es klug, eine politische zu intonieren, weil eben militärische Gewalt [...] nicht an sich schlecht, sondern nur als falsche Politik schlecht ist. Das aber setzt voraus, dass die Deutschen wieder eine Tatsache der Weltgeschichte akzeptieren lernen, die Bismarck in seiner ersten Regierungserklärung als preußischer Ministerpräsident 1862 in die berühmten Worte fasste: "Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden - das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen - sondern durch Eisen und Blut.“

Für dieses Bekenntnis unter fast wortwörtlicher Zitierung von Bismarcks erster Regierungserklärung als preußischer Ministerpräsident 1862 warb Dr. Alexander Gauland in seiner Kolumne im Berliner Tagesspiegel vom 06.08.2012. Gauland ist promovierter Jurist, war über vier Jahrzehnte Mitglied der hessischen CDU und Leiter der Hessischen Staatskanzlei unter Ministerpräsident Walter Wallmann. Jetzt ist er Landesvorsitzender der AfD Brandenburg.

Gauland negiert mit seiner Position das nach dem Verbrechen des 2. Weltkriegs als historische Errungenschaft der Menschheit in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Verbot jeder Anwendung militärischer Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen. Die UN-Charta lässt von diesem Verbot nur zwei enge Ausnahmen zu:

Zum einen die Gewaltanwendung mit vorheriger ausdrücklicher Autorisierung durch den UN-Sicherheitsrat nach Artikel 42 UN-Charta und zum

anderen die einstweilige Selbstverteidigung eines Staates gegen einen gegenwärtigen und unmittelbar drohenden militärischen Angriff nach Artikel 51 UN-Charta.

Das völkerrechtliche Gewaltverbot der UN-Charta gehört zu den allgemeinen Regeln des Völkerrechts im Sinne des Artikels 25 des Grundgesetzes. Es geht nach Artikel 25 Satz 2 GG den Gesetzen vor und erzeugt Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes. Wer als Staat militärische Gewalt einsetzt, die gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot verstößt, begeht eine völkerrechtliche Aggression. Nach Artikel 25 GG sind bereits die Vorbereitung eines Angriffskrieges und damit erst recht dessen Führung verfassungswidrig und unter Strafe zu stellen.

Um diese Regeln und die in Artikel 20 Absatz 3 GG normierte Bindung aller öffentlichen Gewalt an Recht und Gesetz schert sich Dr. Gauland nicht. Gleichwohl wurde er jüngst im Spiegel und der FAZ als derjenige gefeiert, der die AfD in Brandenburg von rechtsradikalen verfassungsfeindlichen Kräften reinigt. Mit dieser Kampagne soll davon abgelenkt werden, dass es nicht die kleinen neonazistischen Randfiguren, sondern Hauptfiguren wie Gauland selbst sind, die der AfD das schwarzbraune Gepräge geben. So wird die AfD weiß gewaschen und als neue Rechtspartei für zukünftige konservative Regierungskoalitionen hoffähig gemacht.

Weißwäscher-Kampagne auch zum Ukraine-Konflikt

Eine gleichartige Weißwäscher-Kampagne erleben wir derzeit bezüglich der Verhältnisse in der Ukraine. Auch dort werden uns die rechtsradikalen Kräfte der Swoboda-Partei, die bewaffnete Banden unterhalten, bei Fackelzügen durch Kiew Uniformen der ukrainischen Division der Deutschen Wehrmacht tragen und „Tod unseren Feinden“ rufen, als harmlose demokratische Koalitionspartner der Regierung in Kiew verkauft.

Aber waren es nicht gerade die bewaffneten Banden, die durch die Besetzung von Regierungsgebäuden und die Verbreitung von Terror wie dem Brandanschlag auf das Gewerkschaftshaus in Odessa mit 42 Toten, die Regierung gewaltsam gestürzt und Jasenjuk und Poroschenko an die Macht gebracht haben? Und wenn es zutrifft, wie die zuständige Direktorin des US-Außenministeriums, Victoria Nuland, erklärt hat, dass die Regierung der USA 5 Milliarden Dollar in den Umsturz in der Ukraine investiert hat, liegt dann nicht eine Verletzung von Artikel 2 Nr. 4 der Charta der Vereinten Nationen vor, wonach alle Mitglieder in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen haben. Die Frage ist auch, welche Rolle die deutsche Bundesregierung bei der Organisation und Förderung des gewaltsamen Staatsstreichs zur Durchsetzung des Anschlusses der Ukraine an die EU und ihre Integration in die NATO gespielt hat. Hierzu werden die historischen Fakten noch zu untersuchen sein.

Lügendgeschichten für Eskalation durch NATO?

Und wenn es zutreffen sollte, wie die der malaysischen Regierung nahe stehende New Straits Times am 04.09.2014 schreibt, dass Jagdflugzeuge der ukrainischen Luftstreitkräfte die Passagiermaschine der Malaysian Airlines MH 17 mit einer Luft-Luftrakete und sodann mit Bordmaschinenkanonen abgeschossen haben, dann wollen wir auch wissen, ob die ukrainische Regierung dieses Vorgehen mit der NATO und insbesondere mit der deutschen Bundesregierung abgestimmt hat.

Die NATO hat auf ihrem Gipfeltreffen in Wales am 04. und 05. September 2014 die Aufstellung einer Osteuropa-Eingreiftruppe mit Stationierung in Stettin/Polen besonders mit dem Abschuss der malaysischen Passa-

giermaschine durch eine von Russland gelieferte Boden-Luft-Rakete begründet. Einmal mehr wäre dann die NATO mit ihrer Begründung für eine militärische Eskalation der Lüge überführt worden. Vor solchen Lügen, speziell über eine angebliche russische Invasion in der Ukraine, hatte eine Gruppe ehemaliger Mitarbeiter der US-Geheimdienste, wie der frühere technische Direktor der NSA William Binney, in einem offenen Brief vom 31.08.2014 an Bundeskanzlerin Angela Merkel ausdrücklich gewarnt.

Es ist der politische und völkerrechtliche Hintergrund, vor dem die russische Ukrainepolitik, insbesondere die sofortige Anerkennung der Krim und deren Aufnahme in den russischen Staatsverband zu bewerten ist.

Mit Hans-Joachim Heintze, Professor für Völkerrecht an der Ruhr-Universität Bochum, mit Professor Norman Paech und der ganz herrschenden Völkerrechtslehre hat das Prinzip „uti possidetis“ (so wie du es besitzt), weiterhin Gültigkeit, wonach keine einseitigen Grenzveränderungen vorgenommen werden dürfen. Dieser Grundsatz hat im Zeitalter der Entkolonialisierung bewusst in Kauf genommen, dass die Grenzen durch die Kolonialherren ohne Rücksicht auf Siedlungsgebiete der Völker gezogen wurden. Dies beinhaltet stets, dass die Summe der Staatsbürger eines Staates sich immer sowohl aus den Angehörigen der Mehrheitsethnie als auch aus den Angehörigen der Minderheitsethnie zusammensetzt. Zur Vermeidung gewaltsamer Grenz- und Gebietsstreitigkeiten wird nationalen Minderheiten ein Recht auf Sezession nur zugesprochen, wenn entweder die nationale Regierung hiermit einverstanden ist – so zuletzt im Sudan bei der Abspaltung des Süd-Sudan - oder wenn das Leben der nationalen Minderheit aufgrund von Unterdrückungsmaßnahmen durch die nationale Regierung unerträglich geworden und ihr ein Verbleib in dem Staat nicht mehr zuzumuten ist.

Aus einer völkerrechtswidrigen Sezession folgt das völkerrechtliche Verbot für andere Staaten, den rechtswidrig abgetrennten neuen Staat völkerrechtlich anzuerkennen. Hiergegen hat Russland verstoßen. Für die Ausübung

hoheitlicher Maßnahmen durch die russische Regierung auf dem Gebiet der Krim, besteht somit keine Rechtsgrundlage. Dies ergibt sich auch aus der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen A/68/L.39 vom 24.März 2014 zur territorialen Integrität der Ukraine.

Friedliche Konfliktlösung im Ukraine-Streit wäre möglich

Für eine Lösung des Konflikts ist Artikel 2 Nr. 3 der UN-Charta maßgeblich. Danach haben alle Mitglieder der Vereinten Nationen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so beizulegen, dass der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden. Kapitel 6 der UN-Charta über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten bietet hierfür eine breite Palette von Maßnahmen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen soll gemäß Artikel 36 Absatz 3 der Charta bei seinen Empfehlungen insbesondere berücksichtigen, dass Rechtsstreitigkeiten von den Parteien dem Internationalen Gerichtshof zu unterbreiten sind.

Von dieser Empfehlung macht der Sicherheitsrat leider fast nie Gebrauch. Dies obwohl es durchaus positive Erfahrungen mit der Regelung von Gebietskonflikten durch den IGH gibt. So fällt der Internationale Gerichtshof z.B. in einer Gebietsstreitigkeit zwischen Tschad und Libyen aufgrund gründlicher historischer Recherchen eine Entscheidung zu Lasten Libyens, die von der seinerzeitigen Regierung Gaddafi akzeptiert und befolgt wurde.

Von der deutschen Bundesregierung ist zu verlangen, dass sie in dem Ukraine Konflikt von dem Weg der militärischen Droh- und Aufrüstungspolitik, wie sie gerade im NATO-Rat in Wales beschlossen wurde, umkehrt. Die Politik der Sanktionen ist aufzugeben. Sie führt nur zu einem Aufschaukeln des Konflikts.

In der Monatsvorausschau des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 30.09.2014 für Oktober wird positiv vermerkt, dass die trilaterale Kontaktgruppe bestehend aus der Ukraine, Russland und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa erfolgreich einen Waffenstillstand in

der Ostukraine vermittelt haben. Es wird berichtet, dass die Kämpfe katastrophale Auswirkungen auf die humanitäre Situation gehabt haben, die in 3200 Opfer, 275 000 Binnenflüchtlinge und geschätzten 341 000 Flüchtlingen resultierten.



Screenshots aus der Sendung ZDF heute vom 8.9.2014.

Gesprochener Text bei den beiden Bildern: "Freiwilligenbataillione aus nahezu jedem politischen Spektrum verstärken etwa die Regierungsseite und – in der Ukraine ist Wahlkampf" (ZDF-Studio Moskau – Bernhard Lichte)

Quelle: Youtube.com

Die OSZE habe nun allerdings die führende Rolle für die Lösung des Konflikts übernommen, sodass für die Vereinten Nationen kurzfristig kein weiterer Handlungsbedarf erwartet werde.

Die OSZE ist auch der richtige organisatorische Rahmen, weil die Organisation von dem Gedanken der kollektiven Sicherheit ausgeht. Außenminister Steinmeier hat Recht, wenn er seinen Gastbeitrag in der FAZ vom vergangenen Mittwoch, den 1. Oktober 2014 überschrieben hat mit „Die Krisen des anderen gibt es nicht mehr“. Er bezieht diese Erkenntnis jedoch leider nur auf das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich anlässlich seines Staatsbesuchs dort gestern am 03. Oktober. Diese Erkenntnis muss jedoch für alle Staaten in Europa gelten, auch für Russland.

Der Gedanke der kollektiven Sicherheit schließt immer die Sicherheit des Gegners in einem Konflikt mit ein. In einem friedlichen Interessenausgleich zwischen Gegnern eines Konflikts liegt die hohe Staatskunst. Mit seinen Freunden lebt man ja schon im Frieden.

Kalkar: Gegen globale Kriegsführung von deutschem Boden

Rede von Bernhard Trautvetter (Essener Friedensforum) bei Kalkar-Demonstration am 3.10.2014 (redaktionell bearb.)

Am 24. September 1977 demonstrierten hier in Kalkar zehntausende gegen den schnellen Brüter, ein besonders gefährliches Atomkraftwerk, das in dieser idyllischen Gegend am Niederrhein entstand. Der Aufruf sprach von mörderischer Technik.

Und dies zu recht. Die Aktiven kritisierten, dass Bedenken der Bürger übergangen wurden. Diese Arroganz nehmen wir auch heute nicht hin. Heute sagen wir Nein zur Kriegsvorbereitung, heute hier in Kalkar.

Aktive sahen den Weltfrieden in Gefahr. Der Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland - BUND - sagte dazu, das im Reaktor erbrütete Plutonium sei... atomwaffentauglich, für eine Vielzahl von Bomben in der Größe von der in Hiroshima. Kalkar wurde zu einem Vorläufer der Großde-

Sie wollen laut Tagungsunterlagen ihre weltweite Luftüberlegenheit aufrechterhalten, und mit Drohnen, Satelliten, Heer, Marine sowie dem Internet mit Cyberwar verknüpft weiterentwickeln. Und sie planen die Modernisierung der Atomwaffen.

In den 80er Jahren wurden Planungen unter dem Begriff „Victory is possible“ („Sieg ist möglich“) bekannt: Man müsse einen Atomraketenabwehrschirm, mit den richtigen Zielen für eigene, auch nukleare Angriffe auf die Sowjetunion und einem Zivilschutz zuhause verknüpfen.

Die Strategen haben inzwischen den gegnerischen Block im kalten Krieg überlebt, und sie haben alles seither weitgehend im Verborgenen technisch und strategisch weiterentwickelt, auch hier in Kalkar.

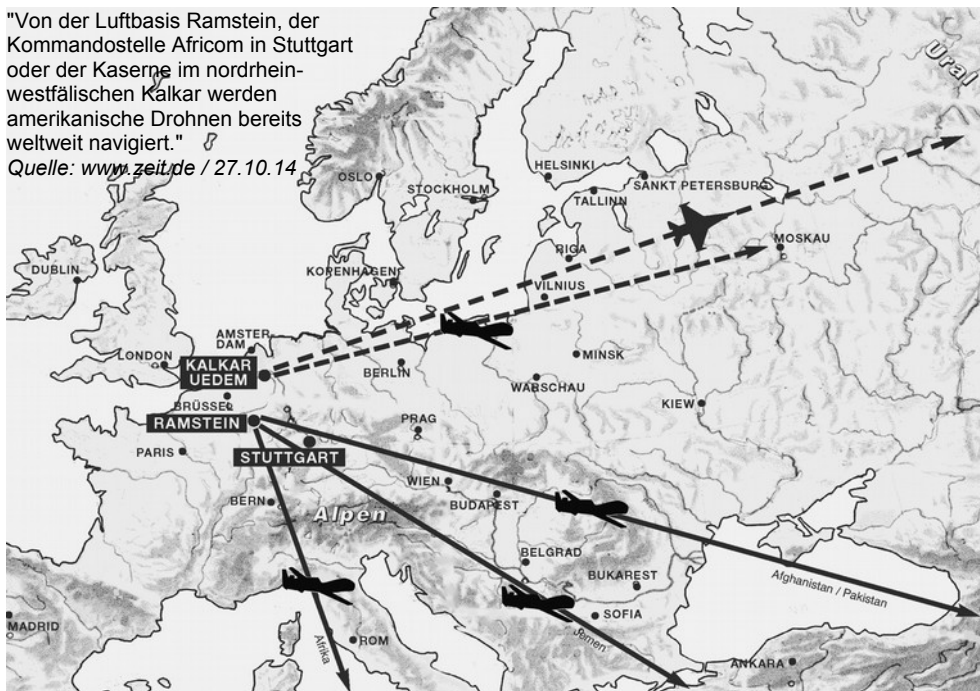
gung gewesen. Wir sehen: auch bei Menschen auf der falschen Seite können und müssen wir Zweifel bewusst machen. Es lässt sich nicht beschönigen: Bundeswehr und NATO lassen hier in Kalkar das Friedensgebot des Völkerrechts weit hinter sich.

In der kurz bevorstehenden NATO-Jahreskonferenz des Joint Air Power Competence Center unter dem Titel „Future Vector“ steht der Pfeil oder Vector nicht für einen schnellen Weg in die Zukunft. Er fliegt über Europa ins All. Er kann die Zukunft der Menschheit tödlich treffen: Man spricht im Tagungsmaterial von „Nexus“. Das ist das Wort für die Verbindung aller Elemente der Kriegsführung. Sie sprechen von tödlicher und nicht-tödlicher Militärkraft (force): „Die strategischen Diskussionen können sich darauf richten, was Luft-, All- und Cyber, also Netz-basierte Gewalt als unabhängige, offensive(!) und möglicherweise entscheidende Instrumente für Schläge beitragen können...“ Das ist eine unverhohlene offensive Strategie. Mit unserer aller Leben wird ein tödliches Spiel getrieben.

Im Tagungsmaterial lesen wir weiter: „Die zwei Jahrzehnte überdauernde Annahme, dass es in Europa einen Ausgangspunkt für einen bedeutenden Krieg (englisch: major war) nicht gibt, ist anzuzweifeln (englisch: is in some doubt)“.

Die NATO droht, nun auch über Kalkar zum Selbstmordattentäter an der Menschheit zu werden. Europa ist ein Kontinent, teils dicht übersät mit giftigen Chemie- und Industrie- sowie Atomanlagen.

"Von der Luftbasis Ramstein, der Kommandostelle Africom in Stuttgart oder der Kaserne im nordrhein-westfälischen Kalkar werden amerikanische Drohnen bereits weltweit navigiert."
Quelle: www.zeit.de / 27.10.14



Grafik: Ulrich Sander / Helmut Sander

monstrationen der Friedensbewegung der 80er-Jahre. Die Menschen damals erkannten die Gefahr und gingen millionenfach auf die Straße. Die Gefahren sind weiter angewachsen. Jetzt wird in Kalkar die Kriegsführung des 21. Jahrhunderts geplant und vorbereitet.

Mitte November findet hier in der Nähe die Tagung 2014 des Kalkarer Joint Air Power Competence Center (Zentrum für Vereinte Luft-Streitkraft-Kompetenz) statt.

Kalkar: Kommandozentrale für globale NATO-Einsätze

Wie weit das geht, lassen hiesige NATO-Jahreskonferenzen ahnen. Vor zwei Jahren hatte man das Thema „Kriegsführung im 21. Jahrhundert“. Ein Soldat, mit dem ich darüber hier am Kasernenzaun sprach, verteidigte: ‚Warfare‘ könnte auch ‚Handwerk‘, nicht unbedingt ‚Führung‘ heißen. Ich blickte ihn nur zweifelnd an, und er gab mir sofort Recht, dass sei in der Tat keine kluge Beschöni-

NATO-Gipfel in Wales für Gewalteskalation

Wie gefährlich konkret die Kriegsstrategie auch hier vor Ort gediehen ist, das sieht man am NATO-Gipfel Anfang September in Wales: Man übergang dort, dass die ukrainische Regierung illegal im Amt, also als Partner illegitim ist. Die NATO kritisiert nur die Gesetzesbrüche der Gegenseite, hier Russlands. So gießt die NATO Öl ins Feuer dadurch, dass sie sich den Rechtsbruch auswählt, gegen den sie vorgeht. Sie bezieht eine Regierung, in

der Partner der NPD sitzen, in NATO-Manöver ein. Und in Wales hat sie eine NATO-Eingreiftruppe mit einer Luftraumüberwachung über dem Baltikum direkt an der Ukraine mit Bundeswehr-Eurofightern beschlossen. Der Luftraum fällt in die Zuständigkeit des Zentrums für Luftoperationen in Kalkar. Der de-facto-Regierungs-Chef der Ukraine warf Russland vor, den dritten Weltkrieg beginnen zu wollen. Wer dieses Wort in den Mund nimmt, spricht von der Apokalypse.

Dieser Regierung reichen Washington, die NATO in Brüssel, Berlin und Kalkar die Hand. Yatsenyuk nannte Gegner kürzlich Subhumans, das heißt Untermenschen. Das ist die Sprache der Gewalteskalation.

Kalkar ist in der NATO auch für den Luftraum der Ukraine zuständig, Dort mahnen z. B. 15 Atomkraftwerke und die Tschernobyl-Ruine zum Frieden.

Im Juni 2013 trat hier in Kalkar im Weltraumlagezentrum zum ersten Mal die Programmkommission Raumfahrt der Bundesministerien für Verteidigung und für Wirtschaft (!) zusammen. Dass die Neuausrichtung der Bundeswehr, die in Kalkar Gestalt annimmt, gegen das Friedensgebot des Grundgesetzes steht, zeigt die Zusammenstellung von Experten der Militärs und der Wirtschaft für ein Treffen im Weltraumlagezentrum. Hier wird nicht der Frieden verteidigt, sondern es wird militärisches Planen mit Ökonomie verknüpft, etwa um den Zugang zu „unseren“ Ölfeldern, Märkten und strategischen Interessensgebieten zu sichern.

Kalkar: Kriegsführung 3.0

In Kalkar wird die Infrastruktur für den ferngesteuerten Drohnenkrieg, für die Automatisierung und die komplette Autonomisierung des Krieges in Windeseile ausgebaut. Über Krieg und Frieden entscheiden bald Programme, wenn real wird, was sie jetzt schon planen. Kalkar als Herzstück der Kriegsführung 3.0 muss geschlossen werden. Wir haben die Verantwortung, das teuflische Spiel zu durchkreuzen, bevor es uns abschafft!

Im Aufruf der ersten Hundert-tausender-Friedensdemonstration vor 33 Jahren stand der Satz, man lebe im gefährlichsten Jahrzehnt der Menschheit. Wir sind jetzt über drei Jahrzehnte weiter. Statt den Frieden in den Vordergrund zu stellen, setzen sie auf Offensive, zu der neben Drohnen, Atomkraftwerken auch Atombomben selbst gehören, von denen immer noch ca. 20 in Büchel bei Koblenz auf ihren Einsatz warten. Die Nato hat ihre Modernisierung statt ihre Abschaffung beschlossen. Auch diese Jets werden von Kalkar aus gesteuert.

Mit der Fernsteuerung, Automatisierung, Robotisierung und Autonomi-

sierung des Kriegs werden wir uns nie abfinden. Wir nähern uns dem Punkt, da auch die Militärstrategen die technologischen Möglichkeiten nicht mehr kontrolliert beherrschen können, die sie in die Hände bekommen.

Wir fordern die ersatzlose Schließung der Einrichtungen für den Krieg



Foto: Demonstration in Kalkar am 3.10.2014 - Quelle: www.flickr.com

im 21. Jahrhundert hier in Kalkar und das Verbot von Konferenzen zur Kriegsvorbereitung. Die Friedensbewegung muss deshalb mit der Umwelt- und Gewerkschaftsbewegung sowie weiteren sozialen Bewegungen gezielter zusammenarbeiten, im Interesse des Lebens auf der Erde.

Weitere Infos: youtube.com
(Stichworte: Kalkar+Luftwaffe)
www.essener-friedensforum.de
Quellen: www.japcc.org

Kriegsmaschinenmenschen

Die Automatisierung des Militärgeräts wird mit Hochdruck vorangetrieben.

Die Streitkräfte der USA verfügen heute über 100 Typen unbemannter Luftfahrzeuge. Von 2011 bis 2015 sind im Militärhaushalt jährlich im Mittel 6,2 Mrd. US-Dollar für Forschung, Entwicklung und Beschaffung vorgesehen. Hinzu kommt eine Milliarde Euro für unbemannte Land- und Wasserfahrzeuge. Kleine ferngesteuerte Landroboter zur Entschärfung von Sprengvorrichtungen sind schon zu Tausenden im Mittleren Osten stationiert worden.[...]

Als ein wichtiger Baustein für die Verbesserung der Kampfstärke wird die Verschmelzung von Mensch und Maschine mit Hilfe sogenannter Exoskelette angesehen. Dabei handelt es sich um ein computergesteuertes Gerüst, das am Körper getragen wird und die Menschen bei Bewegungen unterstützt. Exoskelette wie der Human Universal Load Carrier (HULC) der Rüstungsfirma Lockheed Martin oder der »XOS 2« von Raytheon sind entwickelt worden, um die Kraft von Soldaten zu vervielfachen und ihre Mobilität drastisch zu steigern.

Mit dem HULC soll es ein Leichtes sein, Lasten von bis zu hundert Kilo zu tragen und Distanzen von bis zu 20 Kilometern im Sprint-Tempo zurückzulegen. [...]

Mehr als 75 Länder verfügen bereits über unbemannte Luftfahrzeuge. 50 von ihnen entwickeln sie oder stellen sie her. Einige Systeme sind bereits bewaffnet. Der ehemalige Vizechef der European Defence Agency, Hilmar Linnenkamp, gab 2013 an, er halte es für »sehr wahrscheinlich, daß in den nächsten fünf bis zehn Jahren mehr und mehr automatisierte Systeme entwickelt werden. Zudem treibt die Massenproduktion im zivilen Bereich Entwicklungen im militärischen Bereich an. Die USA – und sicher auch China – arbeiten ohne jeden Zweifel an der Automatisierung von Waffen.« Gemeinsam mit Marcel Dickow warnt er, die »Eigendynamik der technologischen Entwicklung birgt die Gefahr, daß der Mensch als moralischer Akteur abdankt, wenn über den Einsatz von Gewalt zu entscheiden ist«. Mit der Nutzung von Kampfrobotern »begäbe sich die Kriegsführung auf einen abschüssigen Weg, der – technisch bedingt – zwangsläufig im automatisierten Einsatz tödlicher Mittel endet«. [...]

Quelle: www.ag-friedensforschung.de/themen/Drohnen1/maschinen.html

“Neue deutsche Verantwortung” - mit vielen Einzelakteuren

Frank Deppe: *Imperialer Realismus? - Deutsche Außenpolitik: Führungsmacht in „neuer Verantwortung“*
VSA-Verlag, ISBN 978-3-89965-637-4, 141 Seiten, 11,90 €



Das Titelbild des kürzlich erschienenen Buches von Frank Deppe (Redaktionsschluss September 2014) zeigt Bundespräsident Gauck bei seiner Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2014, wo er die "neue deutsche Verantwortung" und damit einen Paradigmenwechsel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik propagierte. In dem Buch von Frank Deppe geht es freilich weniger um Gauck und seine kriegspropagandistischen Aktivitäten, die er im Laufe dieses Jahres auch bei anderen Anlässen vorgetragen hat, sondern um die Gesamtheit der Akteure, die vor und hinter den Kulissen diese Kurswende begleiten.

Der außenpolitische Kurswechsel fällt voll in das 100-jährige Gedenken an den Weltkriegsbeginn 1914. Es ist deshalb nur logisch, dass sich Frank Deppe ausgiebig mit dem in diesem Jahr erfolgten Geschichtsrevisionismus befasst. Die "neue deutsche Verantwortung" ist schließlich nur möglich, wenn gleichzeitig die zumindest maßgebliche Mitverantwortung Deutschlands am 1. Weltkrieg "entsorgt" wird. Diese Aufgabe wurde mit den - nicht nur gemessen an den Verkaufszahlen - erfolgreichen Büchern von Christopher Clark und Herfried Münkler auch erreicht. Frank Deppe widmet deshalb dem Geschichtsrevisionismus ein eigenes Kapitel. Den Werdegang von Münkler vom Ex-Juso-Aktivist zum bejubelten Staatshistoriker beschreibt Frank Deppe ausführlich. Von Münkler stammt in Bezug auf den 1. Weltkrieg die Aussage: "Erst wenn die Schuldthesen erledigt sind, lässt sich über politische Verantwortung reden".

Bezugspunkt dafür ist der Historikerstreit aus den 60er-Jahren des letzten Jahrhunderts, bekannt unter dem Namen "Fischer-Debatte". Fischer hatte als Wissenschaftler mit Karriere in der NS-Zeit (!) natürlich keine marxistische Imperialismusanalyse als Hinter-

grund. Sein Aufsehen erregendes Buch "Der Griff nach der Weltmacht" aus dem Jahre 1961 beleuchtete aber mit umfangreichen Archivquellen die interessengesteuerte deutsche Politik vor dem 1. Weltkrieg. Seine Analysen wurden - auch im Kontext der durch ihm ausgelösten Kontroversen - später noch erheblich kritischer. So hieß ein 1979 von ihm erschienen Buch: "Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871 - 1945". Ein 1989 von ihm im SPIEGEL erschienen Essay trägt den Titel "Hitler war kein Betriebsunfall".

Fischers Analysen werden nun von Münkler als unwissenschaftlich disqualifiziert. Frank Deppe kann aufzeigen, dass dieser Vorwurf Münklers geradezu grotesk daherkommt. Frank Deppe wörtlich:

„Die Defizite des Münkler'schen Politikbegriffes werden immer dann besonders deutlich, wenn er - fast in Stammtischmanier - von 'den Deutschen' und von 'Deutschland' redet, wenn es um konkrete politische Entscheidungen bzw. um die Beurteilung von Verantwortung geht. Die Deutschen haben weder Krieg geführt, nach haben sie Hitler die Macht übertragen, die Deutschen müssen auch nicht von einem Schuldvorwurf befreit werden! Fischer hingegen spricht von den Eliten und einem 'Machtblock', der sich aus Fraktionen der herrschenden Klassen zusammensetzt.“

Zusammenfassend stellt Frank Deppe zu Münkler fest:

Mit seinen Büchern, Artikeln und Interviews ist er dabei, an einer großen Wende in der deutschen Politik mitzuwirken, an der Befreiung von den Fesseln der Geschichte des 20. Jahrhunderts und an der Öffnung für eine selbstbewusste deutsche Machtpolitik, die beim Einsatz militärischer Gewalt nicht mehr vom schlechten Gewissen bzw. von Schuldgefühlen gequält werden darf“.

Dieses Gefühl, zur politischen Elite zu gehören, ist offenbar auch der Hintergrund dessen, was Frank Deppe in einem weiteren Kapitel betitelt mit: "Organische Intellektuelle" an der Macht.

In diesem Teil werden zunächst die Alpha-Journalisten analysiert, auch un-

ter Bezugnahme auf die aktuelle Arbeit von Uwe Krüger (vgl. Friedensjournal Nr. 4/2014). Ein weiteres Thema ist der bei heutigen Journalisten und Politikern vorhandene Bellizismus. Frank Deppes politischer Werdegang von der (SDS-)Studentenbewegung der 60er Jahre zu einer der wenigen marxistischen Professuren ist eng verbunden mit (pseudo-)revolutionären politischen Akteuren der damaligen Zeit, die heute vor allem bei den Grünen zu verorten sind. Frank Deppes Analyse, wie diese Wendungen von Intellektuellen seit den 1980er-Jahren zu verstehen sind, gehört zu den stärksten Passagen seines Buches, da er auch die Parallelen, bzw. Vorbilder in anderen Ländern - vor allem Frankreich - darstellt.

Der Ukraine-Konflikt wird von Frank Deppe in einem weiteren Kapitel kurz behandelt, um damit vor allem die Widersprüchlichkeit und Grenzen imperialer deutscher Politik aufzuzeigen, die sich aus der "äußerst komplexen Gemengelage von internen wie externen Interessen und Kräften" ergibt.

Im letzten Kapitel des Buches erfolgen von Frank Deppe Anmerkungen zu den Stichworten neue Weltordnung, Internationalismus und "linker Außenpolitik". Frank Deppe, der seinen klassischen Arbeitsschwerpunkt als Politikwissenschaftler mehr in der Wirtschafts- und Sozialpolitik hat, stellt hier Überlegungen in den Raum, wie ein Schulterschluss zwischen unterschiedlichen sozialen, linken Bewegungen zu einer möglichst breiten Friedensbewegung erfolgen kann.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Analysen zur "neuen Verantwortung" Deutschlands und dem Ukraine-Konflikt gibt es bereits in anderen wichtigen Publikationen. Frank Deppe schließt mit seinem Buch aber eine wichtige Lücke zu einer Gesamtanalyse der jüngsten Entwicklungen, indem er nicht nur darstellt, welche Akteure diese Politik vorantreiben, sondern auch, mit welchen Akteuren und welcher Ausrichtung dieser Entwicklung entgegen getreten werden kann.

Karl-Heinz Peil

Zeichen gesetzt gegen die „Kriegshauptstadt Stuttgart“



Foto: Kundgebung gegen NATO-Manöver in der Ukraine vor dem EUCOM in Stuttgart

Stuttgart ist de facto durch die hier untergebrachten US-Kommandozentralen EUCOM (für ganz Europa) und AFRICOM (für ganz Afrika und naher Osten) und durch das in der Nähe in Calw befindliche „Kommando Spezialkräfte“ zur Kriegshauptstadt geworden! Doch wir werden keine Ruhe geben, bis diese Kriegszentralen geschlossen sind und Stuttgart endlich zur Friedensstadt umgewandelt ist!

So formulierte sinngemäß Tobias Pflüger (Friedensforscher und PV Die Linke) bei der Aktion vor dem EUCOM am 11. September gegen das angekündigte NATO-Manöver in der Ukraine und forderte, dieses Manöver abzusagen!

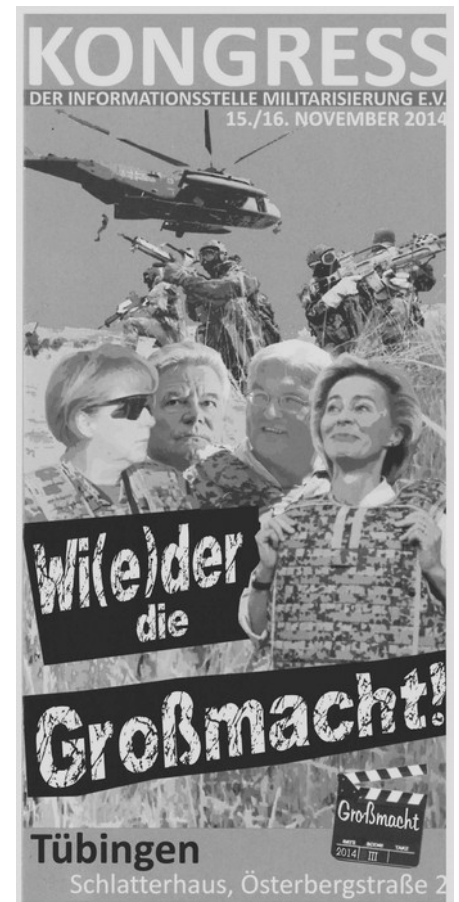
Gut 200 FriedensaktivistInnen waren trotz z.T. strömendem Regen und Ferien-Wochentags-Abend zum abgelegenen EUCOM-Main-Gate gekommen, um ihren Protest gegen die wachsende Kriegsgefahr auszudrücken.

Paul Russmann von der ökumenischen Initiative „Ohne Rüstung leben“ forderte vor dem Hintergrund der gefährlichen Entwicklung des Bürgerkriegs in der Ukraine die Verantwortlichen, sowohl der Ukraine wie Russlands, als auch der Bundesregierung, der EU und der NATO auf, alle Anstrengungen auf eine friedliche, diplomatische Lösung zu konzentrieren. Bis zum ev. Kirchentag im Juni 2015 in Stuttgart sollen massenhaft Unterschriften für die Schließung der beiden Kriegskommando-Zentralen EUCOM und AFRICOM gesammelt werden.

Schließlich forderte als dritter Redner der DGB-Stadtverbands-Vorsitzende von Stuttgart, Philipp Vollrath, die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung auf, wieder ihre eigenen Grundsatzbeschlüsse zu Frieden und Abrüstung ernst zu nehmen und in Anbetracht der wachsenden Kriegsgefahr zu einem dringend benötigten neuen Aufschwung der Friedensbewegung beizutragen!

Insbesondere sei dem Skandal, dass Deutschland zum drittgrößten Rüstungsexporteur der Welt aufgestiegen ist, durch verstärkte Bemühungen um Rüstungskonversion zu begegnen, um zivile Ersatzarbeitsplätze für die betroffenen KollegInnen zu schaffen.

Mit kämpferisch vorgetragene Liedern von Ernesto Schwarz und dem zum Schluss gemeinsam gesungenen „We shall overcome“, hervorragend moderiert durch eine Sprecherin der „VaihingerInnen für den Kopfbahnhof (gegen S 21)“ klang die Aktion aus und alle waren sich einig, dass dies erst der Auftakt eines Neuaufschwungs der Friedensbewegung in Stuttgart sein soll. KM



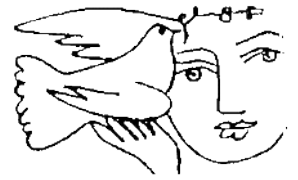
Vorankündigung: Von Stuttgart muss Frieden ausgehen!

Aktionskonferenz für ein aktives Friedensjahr 2015

Ostermarsch, Kirchentag, Tag der Befreiung, Hiroshima-Jahrestag ... geplant für Sonntag, 1. Februar 2015

Politik für den Frieden statt permanenten Krieg

Nach Militärinterventionen: Chaos und Gewalt
Deutscher Imperialismus reloaded?
Kriege um Ressourcen



21. bundesweiter und internationaler Friedensratschlag 2014

in Kassel, Universität, Wilhelmshöher Allee 73, Sa/So, 6./7. Dezember 2014

Samstag, 6. Dezember

Anmeldung ab 11 Uhr

12.00-14.00 Uhr Plenumsvorträge (Aula)

Begrüßung und Eröffnung: Auslaufmodell Frieden? - Dr. Peter Strutynski, Kassel, AG Friedensforschung, BAF
Das neue Lateinamerika: Gegenmacht im globalen Kräftespiel? - Jorge Jurado, Botschafter Ecuadors
Sympathisieren Deutsche mit Palästina aus Abneigung gegen Juden? - Prof. Dr. Rolf Verleger, Lübeck
„Menschenrechte verletzen, Kriege fördern, Völkerrecht brechen!“
Zur Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung - Jürgen Grässlin, Freiburg, Autor, DFG-VK

14.15-16.00 Uhr Parallele Foren und Workshops

A1-A3: **Diskussionsrunden mit Jorge Jurado Rolf Verleger, Jürgen Grässlin**
A4: **Bewegung in der Kurdistan-Frage: Syrien, Irak, Türkei** - Murat Cakir, Rosa-Luxemburg-Stiftung Hessen
A5: **Vom Hoffnungsort zur Räuberhöhle: Aufstieg und Niedergang des Euromaidan** - Reinhard Lauterbach, Polen
A6: **Kampf um Afrika: Neoimperiale Mächte mit neuen Konzepten?** - PD Dr. Johannes M. Becker, Uni Marburg
A7: **Außer Spesen nichts gewesen? Eine Bilanz des Afghanistankriegs** - Lühr Henken, FRIKO Berlin, BAF
A8: **Der Krieg gegen Gaza – und wie weiter? Bilanz und Perspektiven** - Inge Höger, MdB Die Linke
A9: **„Europäer vs. Atlantiker“? Unterschiedliche Interessen in Wirtschaft und Politik** - Conrad Schuhler, isw München
A10: **Grenzen dicht! Deutsche und europäische Flüchtlingsabwehr** - N.N.

16.30-17.15 Uhr Plenum (Hörsaal)

Türkei und Naher Osten: Kurden im Kampf gegen Terrorismus, Repression und Staatsversagen
Dr. Sinan Birdal, Politikwissenschaftler, Dozent an der Universität Isik in Istanbul

17.30-19.00 Parallele Foren und Workshops

B1: **Diskussionrunde mit Sinan Birdal**
B2: **Zu den Perspektiven des arabisch-israelischen Konflikts** - George Rashmawi, DFLP, Düsseldorf
B3: **Das 21. Jahrhundert gehört Asien** - Dr. Erhard Crome, Berlin, Rosa-Luxemburg-Stiftung
B4: **Die BRICS-Staaten: Auf dem Weg zu einer multipolaren neuen Weltordnung** - Achim Wahl, Berlin
B5: **Zu den Perspektiven des Protests gegen TTIP in Europa** - Peter Wahl, WEED und attac
B6: **Die NATO nach dem Gipfel: Noch stärker? Noch aggressiver?** - Dr. Alexander Neu, MdB
B7: **Gewerkschaften: Gegen Rüstungsexporte – aber für Rüstungsproduktion?** - Christa Hourani, IGM Metall, Wolfgang Erdmann
B8: **Keine Forschung und Lehre für den Krieg. Stand und Perspektiven der Zivilklauselbewegung** - Anne Geschonnek, Halle
B9: **1914-1999: Zwei Kriege gegen Serbien – Eine verhängnisvolle „Tradition“** - Dr. Peter Becker, IALANA
B10: **Kampfdrohnen ächten! Beiträge zu einer internationalen Kampagne** - N.N. (Drohnenkampagne)

Sonntag, 7. Dezember

9.00 Uhr: Plenumsvortrag (Aula)

Israels Schicksal. Wie der Zionismus seinen Untergang betreibt - Prof. Dr. Moshe Zuckermann, Tel Aviv

10.00-11.45 Uhr Parallele Foren und Workshops

C1: **Diskussionsrunde mit Moshe Zuckermann**
C2: **Die Folgen von Krieg und Intervention – am Beispiel des ehemaligen Jugoslawien** - Dr. Ljiljana Verner, Hannover, IPPNW
C3: **Revolution oder Konterrevolution? Zur Entwicklung im arabischen Raum** - Prof. Dr. Werner Ruf, Kassel/Edermünde
C4: **Kalkar: Drehscheibe kommender (Drohnen-)Kriege** - Bernhard Trautvetter, Essen
C5: **Antifaschismus heute** - Dr. Ulrich Schneider, Kassel, Historiker, VVN-BdA und FIR
C6: **Friedensbewegung und Gewerkschaften** - Anne Rieger, Graz, BAF
C7: **1945-2015: 70 Jahre UNO und UN-Charta – Ein Grund zum Feiern?** - Dr. Peter Strutynski, Uni Kassel
C8: **Deutsche Erinnerungskultur: 70 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs** - Prof. Dr. Ludwig Elm, Jena
C9: **Der nächste Gipfel von G8 oder G7 steht ins Haus – Zur Bedeutung der Proteste** - Walter Listl, München

12.00-13.40 Uhr: Plenum

Meinungsmedien auf Kriegskurs? - Podium mit Eckart Spoo, Ossietzky, Dr. Sabine Schiffer, IMV, Jens Wernicke, NachDenkSeiten,

13:45 Ende des Kongresses

Veranstalter: AG Friedensforschung
Verantw.: Dr. Peter Strutynski
E-mail: peter.strutynski@gmx.de

Informationen:
AG Friedensforschung, Germaniastr. 14, 34119
Kassel; Tel. 0561/93717975 (oder -93717974)
www.ag-friedensforschung.de